

Zimmermann, Hottmann, Hübner, Schaeberle, Völkel
Die Personengesellschaft im Steuerrecht

Die Personengesellschaft im Steuerrecht

Von

Prof. Reimar Zimmermann, Prorektor a. D.,
Steuerberater u. Rechtsanwalt

Prof. Jürgen Hottmann,

Dr. Heinrich Hübner,

Steuerberater u. Rechtsanwalt

Prof. Jürgen Schaeberle,

Prof. Dieter Völkel

Die Autoren sind bzw. waren Dozenten an der Hochschule für
öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

9. Auflage
2007

Zitierweise

Zimmermann u. a., B. Rz. 165

(Beispiel: Abschnitt B,
Randziffer 165)

Bearbeiter

Zimmermann: Abschnitte A., B. 1.1, E., F., N. 1, O. 1, P. 1, Q.,
R. 1 und 2

Hottmann: Abschnitte B. 1.2 bis 1.11 und 2, C. 1, D. 1, G. 1,
J. 1, K. 1, M. 1, R. 4 bis R. 6.4, R. 7 bis 9

Hübner: Abschnitte S. und T.

Schaeberle: Abschnitte H. 1 bis 7, L. 1 bis 4, R. 3, 6.5 und 10

Völkel: Abschnitt U. sowie sämtliche Ausführungen zur
Umsatzsteuer

Koordination

Zimmermann

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-4099-2

© 2007 Erich Fleischer Verlag, Achim bei Bremen.

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: Graphischer Betrieb Gieseking GmbH & Co. KG, Bielefeld.

Vorwort zur 9. Auflage

Die meisten Kommentare, Lehrbücher und Aufsätze zum Thema „Personengesellschaften im Steuerrecht“ sind in ihren Ausführungen entweder zu abstrakt oder zu wissenschaftlich. Für Leser, die nicht ständig mit dieser Materie arbeiten, sind diese Abhandlungen häufig nur schwer zu verstehen.

Wir haben in langjähriger praktischer und pädagogischer Tätigkeit erkannt, dass sich steuerliche Probleme viel leichter verständlich machen lassen, wenn im Text einer Abhandlung **Beispiele** im Vordergrund stehen. Diese Erkenntnis haben wir nicht nur in der Ausbildung von Anfängern, sondern auch in Fortbildungslehrgängen, Seminaren und Arbeitsgemeinschaften bei schon lange im Beruf stehenden Beratern und Steuerbeamten gewonnen.

Der vorliegende Band verfolgt daher ein **anderes Konzept**: Im Rahmen einer **systematischen streng gegliederten Darstellung** wird dem Leser der gesamte Problembereich mit mehr als **800 Beispielen** anschaulich nahegebracht. Auf Details haben wir dabei nicht verzichtet. Der Band befindet sich auf aktuellem Rechtsstand des Jahres 2006. Alle relevanten bis Oktober 2006 ergangenen Gesetzesänderungen einschließlich der USt-Erhöhung auf 19 v. H. ab 01.01.2007 durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 sind eingearbeitet; ein erster Überblick über die Änderungen durch das Ende November 2006 verabschiedete SEStEG ist ebenfalls enthalten. Berücksichtigt sind die maßgebenden BFH-Entscheidungen, die aktuellen EStR mit EStH sowie alle wichtigen BMF-Schreiben.

Das Buch wendet sich als Nachschlagewerk bzw. Handbuch zunächst an die Steuerfachleute im Beratungsbereich und in den Finanzabteilungen der Unternehmen sowie an die Steuerbeamten in der Praxis. Darüber hinaus wird das Buch auch den Studierenden an den Hochschulen und Fachhochschulen für Steuerrecht oder im Bereich der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre an den Universitäten sowie den Kandidaten für die Beraterexamina ein zuverlässiger Ratgeber sein.

Ausführlich dargestellt werden wie bisher die unterschiedlichen Steuerarten Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer sowie die Erbschaft-/Schenkungssteuer, die Grunderwerbsteuer und das Verfahrensrecht.

Für Kritik und Anregungen sind wir weiterhin dankbar.

Ludwigsburg, im November 2006

Die Verfasser

Gliederung

Seite

A. Bürgerlich-rechtliche, handelsrechtliche und steuerrechtliche Grundlagen – Allgemeine Zusammenhänge	33
B. Laufende Besteuerung der Personengesellschaft	63
C. Gründung der Personengesellschaft	465
D. Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft	575
E. Verlustabzugsbeschränkungen bei § 15 a und § 15 b EStG .	597
F. Besonderheiten bei Familienpersonengesellschaften	667
G. Beteiligung einer Personengesellschaft an einer anderen (Doppelgesellschaft)	723
H. Betriebsaufspaltung	785
J. Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer bestehenden Personengesellschaft	879
K. Umwandlung einer Personengesellschaft in eine andere Personengesellschaft (Formwechsel)	1055
L. Umwandlung einer Personengesellschaft in eine GmbH . . .	1061
M. Verschmelzung und Spaltung von Personengesellschaften .	1085
N. Auflösung der Personengesellschaft	1107
O. Erbfolge, Erbauseinandersetzung und die Personengesellschaft	1147
P. Die vorweggenommene Erbfolge	1235
Q. Nießbrauch und Personengesellschaftsanteil	1295
R. Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	1329
S. Erbschaft- und Schenkungsteuer	1397
T. Grunderwerbsteuer	1465
U. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1493

Inhaltsübersicht

	Seite
A. Bürgerlich-rechtliche, handelsrechtliche und steuerrechtliche Grundlagen – Allgemeine Zusammenhänge (Zimmermann)	
1 Gesellschaftsformen und ihre Abgrenzung	33
1.1 Gesellschaften – andere Rechtsgebilde	33
1.2 Gesellschaften – Abgrenzung von der Begriffsbestimmung her	35
1.3 Vereinigungen mit und ohne Rechtsfähigkeit	38
1.4 Personengesellschaft – Kapitalgesellschaft	38
1.5 Außen-, Innengesellschaft	39
1.6 Vermögensstruktur	40
2 Besondere Wesens- und Unterscheidungsmerkmale	43
2.1 Entstehung – Registereintrag – Form des Gesellschaftsvertrags	43
2.2 Besondere Eignung der Gesellschaftsformen	44
2.3 Kapital – Mindesteinzahlung – Art der Einlage	46
2.4 Gewinn-und-Verlust-Beteiligung, Entnahmerecht	47
2.5 Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	49
2.6 Haftung im Außenverhältnis	52
2.7 Eintritt, Austritt, Gesellschafterwechsel	56
2.8 Auflösung der Gesellschaft	58
2.9 Verbundene Unternehmen	59
B. Laufende Besteuerung der Personengesellschaft	
1 Einkommensteuer	63
1.1 Mitunternehmerschaft (Zimmermann)	63
1.1.1 Die steuerliche Bedeutung der Mitunternehmerschaft	63
1.1.2 Mitunternehmerschaft und Gewerbebetrieb	64
1.1.3 Gesellschafter und Mitunternehmer	65
1.1.4 Der Begriff der Mitunternehmerschaft	66
1.1.4.1 Grundsätze	66
1.1.4.2 Unternehmerrisiko – Unternehmerinitiative	67
1.1.4.3 Beteiligung am Vermögen einschließlich der stillen Reserven und dem Geschäftswert	68
1.1.4.4 Beteiligung am laufenden Gewinn und Verlust	70
1.1.4.5 Bürgerlich-rechtliche Haftung	70
1.1.4.6 Am Geschäftserfolg orientiertes Entnahmerecht	71
1.1.4.7 Mitarbeit	71
1.1.4.8 Stimmrechte	72
1.1.5 Beginn und Ende der Mitunternehmerschaft	73
1.1.6 Die einzelnen Gesellschaftsarten	73
1.1.6.1 Offene Handelsgesellschaft	73
1.1.6.2 Kommanditgesellschaft	74
1.1.6.3 Gesellschaft bürgerlichen Rechts	74
1.1.6.4 Stille Gesellschaft – Unterbeteiligung	75
1.1.7 Treuhand und Mitunternehmerschaft	77
1.1.7.1 Zivilrecht	77
1.1.7.2 Mitunternehmerschaft	77
1.1.8 Freiberufler und Mitunternehmerschaft	79
1.1.8.1 Die echte Sozietät	80
1.1.8.2 Praxisgemeinschaft	80

1.1.8.3	Der echte Zusammenschluss zwischen Freiberuflern und Berufsfremden (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	83
1.1.8.4	Der Berufsfremde im Nicht-Gesellschaftsverhältnis	85
1.1.9	Ergänzende Beispiele	86
1.1.10	Verdeckte Mitunternehmerschaft	88
1.1.10.1	Allgemeines	88
1.1.10.2	Gesellschaftsverhältnis	92
1.1.10.3	Mitunternehmerinitiative	92
1.1.10.4	Mitunternehmerisiko	94
1.1.10.5	Zusammenfassung und Ausblick	95
1.1.10.6	Ergänzende Beispiele	106
1.2	Die einkommensteuerliche Stellung der Personengesellschaft und ihrer Gesellschafter (Hottmann)	110
1.2.1	Die Stellung der Personengesellschaft	110
1.2.2	Die Stellung der Gesellschafter	111
1.2.2.1	Vollständige Regelung des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 EStG	111
1.2.2.2	Vorgeschichte	112
1.2.2.3	Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung	113
1.2.2.4	Annäherung Mitunternehmer an Einzelunternehmer	115
1.3	Betriebsvermögen (Hottmann)	117
1.3.1	Grundsätze	117
1.3.1.1	Handelsrechtliches Vermögen	117
1.3.1.2	Steuerliches Vermögen	118
1.3.2	Gesamthandsvermögen als Betriebsvermögen	120
1.3.2.1	Ohne bilanzierungsfähiges Gesamthandsvermögen kein Betriebsvermögen	120
1.3.2.2	Gesamthandsvermögen, jedoch kein Betriebsvermögen	123
1.3.2.3	Grundstücke und Grundstücksteile, die Wohnzwecken der Gesellschafter dienen	126
1.3.2.3.1	Unentgeltliche Überlassung	127
1.3.2.3.2	Entgeltliche Überlassung	130
1.3.2.3.3	Steuerfreie Entnahme Grund und Boden nach Errichtung Gebäude	133
1.3.2.4	Betriebsvermögen einer atypischen stillen Gesellschaft	134
1.3.3	Sonderbetriebsvermögen	134
1.3.3.1	Begriff	134
1.3.3.2	Wirtschaftsgüter im Alleineigentum eines Gesellschafters	135
1.3.3.2.1	Zuführung aus dem Privatvermögen	135
1.3.3.2.2	Zuführung aus einem Betriebsvermögen	135
1.3.3.3	Wirtschaftsgüter, die einer Bruchteils- oder Gesamthandsgemeinschaft gehören (Schwester-Personengesellschaft)	137
1.3.3.3.1	Überlassung durch eine aktiv gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft	139
1.3.3.3.2	Überlassung im Rahmen einer mitunternehmerischen Betriebsaufspaltung	142
1.3.3.3.3	Überlassung im Rahmen einer Betriebsverpachtung	144
1.3.3.3.4	Überlassung durch eine land- und forstwirtschaftlich oder freiberuflich tätige Personengesellschaft	146
1.3.3.3.5	Überlassung durch eine vermögensverwaltend tätige Personengesellschaft oder Bruchteilsgemeinschaft	146
1.3.3.4	Einteilung des Sonderbetriebsvermögens	148
1.3.3.5	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen	149
1.3.3.6	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen	163
1.3.3.7	Darlehen des Gesellschafters an die Personengesellschaft	168
1.3.3.7.1	Abgrenzung	168
1.3.3.7.2	Eigenkapital	169
1.3.3.7.3	Sonderbetriebsvermögen	170
1.3.3.7.4	Weder Eigenkapital noch Sonderbetriebsvermögen	175
1.3.3.7.5	Bürgschaften	178

1.3.3.8	Darlehen der Personengesellschaft an ihre Gesellschafter	180
1.3.3.9	Darlehen zwischen Schwester-Personengesellschaften	185
1.4	Ermittlung des Gesamtgewinns der Mitunternehmerschaft (Hottmann)	186
1.4.1	Allgemeines.	186
1.4.2	Additive Gewinnermittlung mit korrespondierender Bilanzierung	188
1.5	Besonderheiten bei der Buchführung und beim Abschluss (Hottmann)	189
1.5.1	Buchführungspflicht	189
1.5.2	Bilanzaufstellung	192
1.5.2.1	Aufstellung der Schlussbilanz	192
1.5.2.2	Aufstellung der Eröffnungsbilanz.	193
1.5.3	Buchmäßige Besonderheiten in der Bilanz der Personen- gesellschaft	193
1.5.3.1	Kapitalkonten	193
1.5.3.1.1	Handelsrechtliche Bestimmungen	193
1.5.3.1.2	Steuerrechtliche Bestimmungen	198
1.5.3.2	Entnahmen und Einlagen	200
1.5.3.2.1	Bei einer OHG	200
1.5.3.2.2	Bei einer KG	200
1.5.3.2.3	Bei einer GbR und einer atypischen stillen Beteiligung	201
1.5.3.3	Ausweis des Jahresergebnisses	201
1.5.3.4	Negatives Kapitalkonto	203
1.5.3.4.1	Beim Kommanditisten	203
1.5.3.4.2	Bei atypischen stillen Gesellschaftern	209
1.5.3.4.3	Übrige Gesellschafter	209
1.5.4	Buchmäßige Behandlung der Ergänzungsbilanz	210
1.5.5	Buchmäßige Behandlung der Sonderbilanz	212
1.6	Besonderheiten bei der Gewinnermittlung auf der ersten Stufe im Einzelnen (Hottmann).	214
1.6.1	Grundsätze	214
1.6.2	Sonderfälle bei der Aufstellung der Steuerbilanz	219
1.6.2.1	Beteiligung der Personengesellschaft an einer Kapitalgesellschaft	219
1.6.2.1.1	Bilanzierung und Bewertung der Beteiligung.	219
1.6.2.1.2	Buchmäßige Behandlung des Anspruchs auf Dividende bzw. auf Gewinnausschüttung.	221
1.6.2.1.3	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften durch Personengesellschaften	225
1.6.2.2	AfA bei Gebäuden.	228
1.6.2.3	Sonderabschreibungen und erhöhte Absetzungen	231
1.6.2.3.1	Anspruchsberechtigter ist die Personengesellschaft	231
1.6.2.3.2	Anspruchsberechtigt sind die einzelnen Gesellschafter	232
1.6.2.4	Rücklage gem. § 6 b EStG bei Personengesellschaften	234
1.6.2.4.1	Vorbemerkungen.	234
1.6.2.4.2	Gesellschaftsbezogene Regelung ab 01.01.2002.	234
1.6.2.4.3	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (§ 6 b Abs. 10 EStG)	245
1.6.2.5	Entnahmen	250
1.6.2.5.1	Private Kfz-Nutzung	250
1.6.2.5.2	Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte	254
1.6.2.5.3	Überentnahmen und Unterentnahmen i. S. von § 4 Abs. 4 a EStG	255
1.6.2.6	Rechtsverhältnisse zwischen einer Personengesellschaft und Angehörigen eines Gesellschafters	260
1.6.2.6.1	Arbeitsverhältnisse mit dem Ehegatten eines Gesellschafters.	260
1.6.2.6.2	Darlehensverträge	261
1.6.2.7	Personenversicherungen bei der Personengesellschaft	263
1.6.2.7.1	Allgemeine Grundsätze	263
1.6.2.7.2	Private Personenversicherungen	263
1.6.2.7.3	Betriebliche Personenversicherungen	265

Inhalt

1.6.2.8	Vermittlungsprovisionen	266
1.6.2.8.1	Vermittlungsprovisionen bei gewerblich tätigen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften	266
1.6.2.8.2	Vermittlungsprovisionen bei Personengesellschaften mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	267
1.6.2.9	Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen (§§ 48 – 48 d EStG)	267
1.7	Die Gewinnermittlung auf der zweiten Stufe im Einzelnen (Hottmann)	269
1.7.1	Grundsätze	269
1.7.2	Vergütungen für Arbeitsleistungen	272
1.7.2.1	Allgemeines	272
1.7.2.2	Laufende und einmalige Vergütungen	273
1.7.2.3	Pensionszusagen an einen Gesellschafter	275
1.7.2.4	Pensionszusagen an den früheren Gesellschafter	279
1.7.3	Vergütungen für Dienst- und Werkleistungen sowie Geschäftsbesorgungen	280
1.7.4	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	284
1.7.5	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	284
1.7.6	Zeitliche Erfassung der Vergütungen	287
1.7.7	Auswirkungen des Eintritts in eine Personengesellschaft auf bereits bestehende Rechtsbeziehungen zwischen Gesellschafter und Personengesellschaft	289
1.7.8	Sonderbetriebsentnahmen	291
1.7.9	Sonderbetriebsausgaben	292
1.7.10	Buchmäßige Behandlung der Sondervergütungen und der Sonder- betriebsausgaben bei der steuerlichen Gewinnermittlung	295
1.7.10.1	Vergütungen für Arbeitsleistungen	295
1.7.10.2	Vergütungen für Dienstleistung	301
1.7.10.3	Vergütungen für die Gewährung von Darlehen	305
1.7.10.4	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	306
1.7.10.5	Sonderbetriebsentnahmen im Zusammenhang mit Wirtschafts- gütern des notwendigen Sonderbetriebsvermögens II bzw. gewillkürten Sonderbetriebsvermögens	310
1.8	Gewinnverteilung (Hottmann)	311
1.8.1	Zivilrechtliche Grundlagen	311
1.8.1.1	Gesetzliche Regelung	311
1.8.1.2	Vertragliche Regelung	313
1.8.2	Steuerrechtliche Regelung	313
1.8.2.1	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz	313
1.8.2.2	Einschränkungen der Maßgeblichkeit	315
1.8.2.3	Maßstäbe der Gewinnverteilung	316
1.8.2.3.1	Grundsätze	316
1.8.2.3.2	Gewinnverteilung nach Köpfen	317
1.8.2.3.3	Gewinnverteilung nach Kapitaleinsatz, Arbeitseinsatz und sonstigen Faktoren	317
1.8.2.4	Beginn der Gewinnverteilung	322
1.8.2.5	Änderung der Gewinnverteilung	326
1.8.2.5.1	Änderung für die Zukunft	326
1.8.2.5.2	Änderung für die Vergangenheit	326
1.8.2.6	Verteilung steuerlicher Mehrgewinne	327
1.9	Übertragung von Wirtschaftsgütern (Hottmann)	334
1.9.1	Arten der Übertragung	334
1.9.2	Modalitäten der Übertragung und steuerliche Behandlung im Überblick	335
1.9.3	Entgeltliche Übertragungen	336
1.9.3.1	Das Entgelt entspricht dem tatsächlichen Wert	337
1.9.3.2	Das Entgelt liegt über dem tatsächlichen Wert	341

1.9.4	Übertragung gegen Gewährung (Minderung) von Gesellschaftsrechten	343
1.9.4.1	Übertragungen aus dem Privatvermögen ins Gesamthandsvermögen und umgekehrt	344
1.9.4.2	Aus einem Einzelunternehmen oder aus einem Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters ins Gesamthandsvermögen und umgekehrt	346
1.9.5	Unentgeltliche Übertragungen	356
1.9.5.1	Aus dem Gesamthandsvermögen ins Privatvermögen und umgekehrt	356
1.9.5.2	Aus dem Gesamthandsvermögen in ein Einzelunternehmen des Gesellschafters oder in sein Sonderbetriebsvermögen bei dieser oder einer anderen Personengesellschaft und umgekehrt	359
1.9.5.3	Aus dem Sonderbetriebsvermögen eines Gesellschafters ins Sonderbetriebsvermögen eines anderen Gesellschafters derselben Personengesellschaft	360
1.9.6	Übertragung teilweise entgeltlich, teilweise gegen Gewährung (Minderung) von Gesellschaftsrechten	361
1.9.7	Übertragung teilweise entgeltlich, teilweise unentgeltlich	365
1.9.8	Übertragung auf eine Schwestergesellschaft	369
1.9.9	Übertragungen innerhalb des Vermögens des Gesellschafters	370
1.9.10	Übertragungen bei einer atypischen stillen Gesellschaft	372
1.9.10.1	Der Geschäftsherr veräußert ein Wirtschaftsgut an sich selbst	372
1.9.10.2	Der Geschäftsherr veräußert ein Wirtschaftsgut an den stillen Gesellschafter	373
1.9.10.3	Der Geschäftsherr überträgt ein Wirtschaftsgut gegen Minderung von Gesellschaftsrechten oder unentgeltlich an den stillen Gesellschafter	373
1.9.10.4	Der stille Gesellschafter veräußert ein Wirtschaftsgut an den Geschäftsherrn	373
1.9.10.5	Der stille Gesellschafter überträgt ein Wirtschaftsgut gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten oder unentgeltlich auf den Geschäftsherrn	374
1.9.10.6	Der stille Gesellschafter überführt ein Wirtschaftsgut aus seinem Einzelunternehmen oder seinem Privatvermögen in sein Sonderbetriebsvermögen bei der stillen Gesellschaft und umgekehrt	374
1.10	Buchmäßige Behandlung von Beteiligungen bei der Einzelfirma (Hottmann)	374
1.10.1	Buchmäßige Behandlung in der Handelsbilanz	374
1.10.2	Buchmäßige Behandlung in der Steuerbilanz	378
1.11	Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb gem. § 35 EStG (Hottmann)	381
1.11.1	Zeitlicher Anwendungsbereich	381
1.11.2	Persönlicher Anwendungsbereich	381
1.11.3	Zweck der Vorschrift	382
1.11.4	Regelungszusammenhang	383
1.11.5	Ermittlung der begünstigten gewerblichen Einkünfte	384
1.11.6	Anteil auf die gewerblichen Einkünfte entfallende Einkommensteuer	385
1.11.7	Summen- oder Einzelbetrachtung der gewerblichen Einkünfte	385
1.11.8	Anteiliger Gewerbesteuer-Messbetrag bei Mitunternehmerschaften	387
1.11.9	Ermittlung des Gewerbesteuer-Messbetrags bei unterjähriger Unternehmensübertragung und Gesellschafterwechsel	389
1.11.10	Anrechnungsüberhänge	390
1.11.11	Verfahrensrecht	391
2	Gewerbesteuer (Hottmann)	392
2.1	Begriff des Gewerbebetriebs	392

Inhalt

2.2	Die Personengesellschaft als Gewerbebetrieb	393
2.2.1	Gewerbliche Tätigkeit als Voraussetzung	393
2.2.2	Sonderfall Arbeitsgemeinschaften	396
2.2.3	Sonderfall atypische stille Gesellschaft	396
2.2.4	Gewerbebetrieb ohne Gewinnabsicht	397
2.2.5	Umfang der gewerblichen Betätigung	397
2.2.6	Organschaft	398
2.3	Beginn und Ende der Gewerbesteuerpflicht	399
2.3.1	Beginn der Steuerpflicht	399
2.3.2	Ende der Steuerpflicht	400
2.4	Umfang und Besonderheiten beim Gewerbeertrag	402
2.4.1	Grundsätze	402
2.4.2	Gewinn aus Gewerbebetrieb	403
2.4.3	Hinzurechnungen und Kürzungen	407
2.4.3.1	Dauerschuldentgelte	407
2.4.3.2	Renten und dauernde Lasten	407
2.4.3.3	Gewinnanteile des stillen Gesellschafters	408
2.4.3.4	Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	409
2.4.3.4.1	Kürzung gemäß § 9 Nr. 2 a GewStG	409
2.4.3.4.2	Hinzurechnung nach § 8 Nr. 5 GewStG	413
2.4.3.5	Gewinnanteile und Verlustanteile einer Personengesellschaft	415
2.4.3.6	Kürzungen für Grundbesitz	417
2.4.4	Familienpersonengesellschaften	418
2.4.5	Gewerbeverlust gemäß § 10 a GewStG	419
2.4.5.1	Grundsätze	419
2.4.5.2	Besonderheiten bei Personengesellschaften	422
2.4.6	Freibetrag gemäß § 11 Abs. 2 GewStG	431
3	Umsatzsteuer (Völkel)	434
3.1	Allgemeine Prinzipien zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Personengesellschaft	434
3.1.1	Die Umsatzsteuerrechtsfähigkeit der Personengesellschaft	434
3.1.2	Die Unternehmereigenschaft der Personengesellschaft	434
3.1.3	Die Unternehmereigenschaft des Gesellschafters einer Personengesellschaft	436
3.2	Leistungen der Personengesellschaft	440
3.2.1	Leistungen der Gesellschaft an Gesellschafter oder diesen nahestehende Personen	441
3.2.1.1	Unentgeltliche Leistungen	441
3.2.1.2	Verbilligte Leistungen	444
3.2.2	Leistungen der Gesellschaft an den Geschäftsführer	446
3.2.3	Leistungen der Gesellschaft an außenstehende Personen	448
3.2.4	Einzelbeispiele zu Leistungen an außenstehende Personen	449
3.2.5	Ergänzende Beispiele	451
3.3	Leistungen des Gesellschafters	457
3.3.1	Leistungen des Gesellschafters an die Gesellschaft ohne Sonderentgelt	457
3.3.2	Leistungen des Gesellschafters an die Gesellschaft gegen Sonderentgelt	459
3.3.2.1	Verbilligte Leistungen des Gesellschafters an die Gesellschaft	460
3.3.2.2	Leistungen an Arbeitsgemeinschaften	461
 C. Gründung der Personengesellschaft		
1	Einkommensteuer (Hottmann)	465
1.1	Allgemeines	465

1.2	Bargründung	465
1.2.1	Bargründung einer OHG	465
1.2.2	Bargründung einer KG	467
1.2.3	Bargründung einer GbR	468
1.3	Sachgründung	468
1.3.1	Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Privatvermögen der Gesellschafter	468
1.3.2	Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Betriebsvermögen der Gesellschafter	471
1.4	Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	476
1.4.1	Allgemeines	476
1.4.2	Geltungsbereich	476
1.4.3	Art und Weise der Einbringung	478
1.4.4	Zeitpunkt der Einbringung	480
1.4.5	Wirkung der Rückbeziehung	481
1.4.6	Grundfälle	482
1.4.6.1	Wahrecht	482
1.4.6.2	Einbringung zum Buchwert	484
1.4.6.3	Einbringung zum Teilwert	488
1.4.6.3.1	Grundsätze	488
1.4.6.3.2	Bilanzberichtigung bei fehlerhaftem Teilwertansatz	491
1.4.6.4	Einbringung zum Zwischenwert	492
1.4.6.5	Einbringung in den Fällen des § 24 UmwStG mit Zuzahlung	495
1.4.6.5.1	Einbringung mit Zuzahlung zu Buchwerten	496
1.4.6.5.2	Einbringung mit Zuzahlung zu Teilwerten	501
1.4.6.5.3	Fazit	502
1.4.6.6	Gründung einer atypischen stillen Gesellschaft	504
1.4.7	Sonderfälle	506
1.4.7.1	Einbringung einer 100%igen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	506
1.4.7.2	Einbringung von steuerfreien Rücklagen	509
1.4.7.3	Anwendung des § 6 b EStG auf den Einbringungsgewinn	510
1.4.7.4	Behandlung einer Pensionsverpflichtung	511
1.4.7.5	Einbringung der Wirtschaftsgüter eines Betriebs teilweise ins Gesamthandsvermögen und teilweise ins Sonderbetriebsvermögen	512
1.4.7.6	Zurückbeziehung einzelner Wirtschaftsgüter	516
1.4.7.7	Zurückbeziehung von steuerfreien Rücklagen	520
1.4.7.8	Behandlung von Sonderabschreibungen, erhöhten Absetzungen, Ansparabschreibungen und Investitionszulagen	521
1.4.7.9	Wahrecht bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	522
1.4.7.10	Unentgeltliche Übertragung	526
1.4.8	Steuerliche Folgen bei der Personengesellschaft	530
1.4.8.1	Überblick	530
1.4.8.2	Weitere Behandlung der AFA	533
1.4.8.3	Weitere Behandlung von Sonderabschreibungen, erhöhten Absetzungen, Ansparabschreibungen und Investitionszulagen	539
1.4.8.4	Wertausgleich für übertragene stille Reserven durch unterschiedliche Gewinnverteilung	542
1.4.8.5	Behandlung bei abweichendem Wirtschaftsjahr	542
1.5	Zusammenfassendes Beispiel	544
2	Umsatzsteuer (Völkel)	561
2.1	Ausgangssätze der Personengesellschaft bei Gründung	561
2.2	Eingangssätze der Personengesellschaft bei Gründung	563
2.3	Ausgangssätze des Gesellschafters bei Gründung einer Personengesellschaft	563
2.3.1	Bargründung	563
2.3.2	Sachgründung	563

2.3.3	Typische Einzelbeispiele zur Sacheinlage	566
2.3.4	Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	569
2.3.4.1	Allgemeines	569
2.3.4.2	Einbringung eines Betriebs	569
2.3.4.3	Einbringung eines Teilbetriebs	570
2.3.4.4	Einbringung eines Mitunternehmeranteils	572
2.3.4.5	Besonderheiten bei der Einbringung eines Betriebs	572
2.3.4.5.1	Behandlung von Pensionsverpflichtungen, die von der neu gegründeten Gesellschaft übernommen werden	572
2.3.4.5.2	Zurückbehaltung einiger Wirtschaftsgüter bei Einbringung eines Betriebs	572

D. Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft

1	Einkommensteuer (Hottmann)	575
1.1	Allgemeines	575
1.2	Kapitalerhöhung	586
1.2.1	Entgeltliche Kapitalerhöhung	586
1.2.2	Unentgeltliche Kapitalerhöhung	591
1.3	Erweiterung einer Personengesellschaft mit Zuzahlung aus dem Privatvermögen	592
1.4	Besonderheiten	594
2	Umsatzsteuer (Völkel)	595
2.1	Allgemeines	595
2.2	Besonderheiten	596

E. Verlustabzugsbeschränkungen bei § 15 a und § 15 b EStG (Zimmermann)

1	Verluste bei beschränkter Haftung gem. § 15 a EStG	597
1.1	Bedeutung, Zweck und Voraussetzung der Anwendung des § 15 a EStG	597
1.1.1	Bedeutung und Zweck des § 15 a EStG	597
1.1.2	Voraussetzung der Anwendung des § 15 a EStG	598
1.2	Grundsätzliche Auswirkungen des § 15 a EStG	599
1.3	Begriffe im Rahmen des § 15 a EStG	602
1.3.1	Anteil am Verlust	602
1.3.2	Einlage	603
1.3.3	Kommanditist	603
1.3.4	Kapitalkonto	605
1.4	Verlustausgleichsvolumen	607
1.4.1	Steuerbilanz und Ergänzungsbilanz	607
1.4.2	Abgrenzung Gesamthandsvermögen – Sonderbetriebsvermögen in der Hauptbilanz	609
1.4.2.1	Privat-Darlehens- und Verrechnungskonten	609
1.4.2.2	Nachschusspflicht	612
1.4.2.3	Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	612
1.4.2.4	Finanzplandarlehen – gesplittete Einlagen	613
1.4.2.5	Bürgschaften	615
1.4.3	Einlagen	616
1.4.3.1	Zeitkongruente Einlagen	616
1.4.3.2	Nachgelagerte Einlagen	617
1.4.3.3	Vorgezogene Einlagen	617
1.4.4	Verlustausgleichsbeschränkung	620

1.5	Erweiterte Haftung und Verlustausgleich	621
1.5.1	Der Anwendungsbereich des § 15 a Abs. 1 Satz 2 EStG	621
1.5.2	Voraussetzungen	624
1.5.3	Andere Haftungstatbestände	626
1.6	Verlustverrechnung mit späteren Gewinnen (§ 15 a Abs. 2 EStG)	627
1.7	Die Gewinnzurechnung gem. § 15 a Abs. 3 EStG	629
1.7.1	Haftungsminderung	629
1.7.2	Einlageminderung	631
1.7.2.1	Wiederaufleben der Haftung	632
1.7.2.2	Gewinnzuschlag gem. § 15 a Abs. 3 Satz 1 EStG.	633
1.7.3	Begrenzung des Zurechnungsbetrags	637
1.8	Gesonderte Feststellung des verrechenbaren Verlustes gem. § 15 a Abs. 4 EStG	639
1.9	Ausscheiden eines Kommanditisten bei noch nicht verrechnetem Verlust	639
1.9.1	Übertragung des Kommanditanteils	639
1.9.2	Liquidation der KG	642
1.9.3	Unentgeltliche Übertragung des Kommanditanteils	642
1.9.4	Ein Kommanditist wird unbeschränkt haftender Gesellschafter	642
1.9.5	Ein Komplementär wird Kommanditist	643
1.10	Die entsprechende Anwendung des § 15 a EStG	643
1.10.1	Bei vergleichbaren Unternehmensformen	643
1.10.2	Bei den Einkünften aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung	645
1.11	Gestaltungsmöglichkeiten	646
1.11.1	Gestaltungen im Bereich der Sondervergütungen	646
1.11.2	Gestaltungen im Bereich des Sonderbetriebsvermögens	649
1.11.3	Gestaltungsmöglichkeiten bei drohenden Verlusten	651
2	Verluste im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen gem. § 15 b EStG	653
2.1	Zweck des § 15 b EStG und Vergleich mit § 2 b EStG	653
2.2	Wirkungsweise des § 15 b EStG	654
2.3	Modellhafte Gestaltung gem. § 15 b Abs. 2 EStG	655
2.4	Verlustquote gem. § 15 b Abs. 3 EStG	656
2.5	Nicht betroffene Steuersparmodelle	657
2.6	Geschlossene Fonds	659
2.6.1	Arten	659
2.6.2	Fonds mit mehreren Einkunftsarten	660
2.7	Einzelinvestitionen	661
2.7.1	Arten	661
2.7.2	Berechnung des Verlustes	664
2.8	Zeitliche Anwendung des § 15 b EStG	665
F.	Besonderheiten bei Familienpersonengesellschaften (Zimmermann)	
1	Allgemeines	667
1.1	Begriff der Familienpersonengesellschaft	667
1.2	Steuerliche Anerkennung	667
1.3	Motive zur Gründung der Familienpersonengesellschaft	668
1.3.1	Steuerersparnis	668
1.3.2	Außersteuerliche Motive	668
1.4	Familienangehörige	669
1.4.1	Ehegatten	670
1.4.2	Eltern und Kinder	670
1.4.3	Großeltern und Enkel	670

Inhalt

1.4.4	Schwiegereltern und Schwiegerkinder	671
1.4.5	Onkel/Tante und Neffe/Nichte	671
1.4.6	Geschwister	672
1.4.7	Verlobte	672
1.4.8	Lebensgefährten	672
1.4.9	Eingetragene Lebenspartnerschaften	673
1.4.10	Gesellschafterstämme	673
1.4.11	Beteiligung fremder Dritter	673
1.5	Rechtsformen der Familienpersonengesellschaft	673
1.5.1	GbR	673
1.5.2	OHG	673
1.5.3	KG	673
1.5.4	Stille Gesellschaft	674
1.5.5	Unterbeteiligung	674
1.6	Vor- und Nachteile der Familienpersonengesellschaft	674
1.7	Die Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung im Allgemeinen	675
2	Bürgerlich-rechtlich wirksamer Gesellschaftsvertrag	676
2.1	Abschluss des Gesellschaftsvertrags	676
2.2	Zivilrechtliche Wirksamkeit	678
2.2.1	Allgemeines	678
2.2.2	Notarielle Beurkundung des Schenkungsvertrags	679
2.2.3	Pflegerbestellung	681
2.2.4	Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht	683
3	Prüfung der Mitunternehmerschaft	684
3.1	Strenge Voraussetzungen bei Familienpersonengesellschaften	684
3.2	Fremdvergleich	685
3.2.1	Rücktrittsrechte und Rückfallklauseln	686
3.2.2	Kündigung zum Buchwert	688
3.2.3	Kündigungsbeschränkungen	689
3.2.4	Scheidungsklauseln	689
3.2.5	Mehrheitsprinzip und Ausschluss des Widerspruchsrechts	690
3.2.6	Entnahmebeschränkungen	691
3.2.7	Änderung der Festkapitalkonten	692
3.2.8	Kontrollrechte bei stiller Gesellschaft und Unterbeteiligung	692
3.2.9	Nachträgliche Aufhebung oder Nichtanwendung einer kritischen Klausel	693
3.3	Tatsächlicher Vollzug des Vertrags	693
3.3.1	Leistung der Einlage	694
3.3.2	Eröffnungsbilanz	694
3.3.3	Gewinnverwendung	695
3.3.4	Nichtentnahme von Gewinnanteilen	696
3.4	Zusammenfassung	697
3.5	Folgen der Ablehnung der Mitunternehmerschaft	698
3.6	Umdeuten in ein anderes Rechtsverhältnis	700
4	Angemessenheit der Gewinnverteilung	700
4.1	Vorbemerkung	700
4.2	Höhe der Gewinnbeteiligung im Einzelnen	701
4.2.1	Vereinbarungen unter Fremden	701
4.2.2	Steuerlich angemessene Gewinnverteilung bei Mitunternehmerstellung der Beteiligten	701
4.2.2.1	Mitarbeit aller Gesellschafter	701
4.2.2.2	Mitarbeit nicht aller Gesellschafter	702
4.2.2.3	Durchführung der steuerlichen Gewinnverteilung bei einer KG	703
4.2.2.4	Ermittlung des Gewinnprozentsatzes bei einem Kommanditisten	703

4.2.2.5	Beispiel einer Änderung der steuerlichen Gewinnverteilung	704
4.2.2.6	Sonderfälle	706
4.2.2.7	Sonderbetriebsvermögen bei der Gewinnverteilung	706
4.2.2.8	Änderung von Gewinnverteilungsabreden bei einer bestehenden Familienpersonengesellschaft	707
4.3	Besonderheiten bei stiller Beteiligung und Unterbeteiligung	707
4.3.1	Atypisch stille Beteiligung und atypische Unterbeteiligung	707
4.3.2	Typisch stille Beteiligung und typische Unterbeteiligung	708
5	Einzelfälle	712
5.1	Gründung einer KG mit Kind und Enkel unter Einbeziehung eines Firmenwerts – Schenkung – keine Mitarbeit	712
5.2	Gründung einer KG mit drei Kindern, nur zwei sind volljährig – ein Kind arbeitet mit – Schenkung – kein Abschlusspfleger – Firmenwert – Einschränkung des Kündigungsrechts – negative Ergänzungsbilanz	713
5.3	Gründung einer GmbH & Co. KG mit minderjähriger Tochter – Sonderkündigungsrecht des Vaters und Abfindung mit stillen Reserven, aber ohne Firmenwert – Schenkung	716
5.4	Gründung einer stillen Beteiligung mit minderjähriger Tochter – Schenkung – Tochter ist am Gewinn und Verlust beteiligt	718
5.5	Enkel gewähren einer Familien-KG nach Schenkung der Geldbeträge jeweils ein Darlehen – Sicherung des Darlehens	719
5.6	Gründung einer GmbH & Co. KG – Schenkung – Kinder werden typisch stille Gesellschafter – Schätzung der Gewinnerwartung bei neuem Betrieb	720

G. Beteiligung einer Personengesellschaft an einer anderen (Doppelgesellschaft)

1	Einkommensteuer (Hottmann)	723
1.1	Einführung	723
1.2	Gesetzliche Regelung	724
1.3	Steuerliche Konsequenzen im Überblick	725
1.4	Voraussetzungen im Einzelnen	727
1.4.1	Obergesellschaft als Mitunternehmer	727
1.4.2	Untergesellschaft	729
1.4.3	Mittelbarer Gesellschafter als Mitunternehmer der Obergesellschaft	729
1.4.4	Ununterbrochene Mitunternehmerkette	730
1.5	Abgrenzung Doppelgesellschaft – Schwesterpersonengesellschaft	731
1.6	Umfang Mitunternehmeranteil	733
1.7	Steuerliche Behandlung der Doppelgesellschaft	734
1.7.1	Beteiligung Obergesellschaft an Untergesellschaft	734
1.7.2	Verhältnis Obergesellschafter – Untergesellschaft	736
1.7.2.1	Arbeits- und Dienstverträge zwischen dem Obergesellschafter und der Untergesellschaft	736
1.7.2.2	Mietverträge zwischen Obergesellschafter und Untergesellschaft	737
1.7.2.3	Darlehensverträge zwischen Obergesellschafter und Untergesellschaft	739
1.7.2.4	Die Untergesellschaft ist eine GmbH & Co. KG	739
1.7.3	Verhältnis Untergesellschafter – Obergesellschaft	743
1.7.4	Übertragung von Wirtschaftsgütern	744
1.7.5	Rücklage gem. § 6 b EStG bei Doppelgesellschaften	745
1.8	Ermittlung des Gesamtgewinns	747
1.8.1	Gesamtgewinn der Untergesellschaft	747
1.8.2	Gesamtgewinn der Obergesellschaft	750
1.9	§ 15 a EStG bei Doppelgesellschaften	753

Inhalt

1.10	Veräußerung der Beteiligung an einer anderen Personengesellschaft	764
1.10.1	Steuerliche Behandlung beim Veräußerer	764
1.10.2	Steuerliche Behandlung beim Erwerber	772
1.11	Beteiligung einer nicht gewerblich tätigen Personengesellschaft an einer gewerblich tätigen Personengesellschaft	774
1.11.1	Grundsätze	774
1.11.2	Gestaltungsmöglichkeiten	777
1.12	Zebragesellschaften	777
1.12.1	Auffassung der Finanzverwaltung	779
1.12.2	Rechtsprechung	781
2	Umsatzsteuer (Völkel)	782
2.1	Allgemeines	782
2.2	Organschaft bei Beteiligung einer Gesellschaft an einer Kapitalgesellschaft. . .	782
 H. Betriebsaufspaltung		
1	Allgemeines (Schaeberle)	785
1.1	Die Aufspaltung eines Betriebs	785
1.2	Arten der Betriebsaufspaltung	786
1.2.1	Echte (eigentliche) Betriebsaufspaltung	786
1.2.2	Unechte (uneigentliche) Betriebsaufspaltung	787
1.2.3	Umgekehrte Betriebsaufspaltung	787
1.2.4	Kapitalistische Betriebsaufspaltung	787
1.2.5	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	788
1.3	Mögliche Rechtsformen der Betriebsaufspaltung	788
2	Beweggründe für die Betriebsaufspaltung (Schaeberle)	789
2.1	Haftungsbeschränkung	789
2.2	Betriebsverfassungsrecht	791
2.3	Mitbestimmungsgesetze	791
2.4	Erbrechtliche Gesichtspunkte	792
2.5	Rechnungslegungs- und Publizitätsrecht	792
2.6	Steuerliche Beweggründe	792
2.6.1	Einkommensteuer	792
2.6.2	Gewerbesteuer	793
2.6.3	Vermögensteuer	794
2.6.4	Sonstige Auswirkungen	794
2.6.5	Nachteile der Betriebsaufspaltung	794
3	Zivilrechtliche Entstehungsmöglichkeiten der Betriebsaufspaltung (Schaeberle).	795
3.1	Umwandlung	796
3.2	Sachgründung	796
3.3	Bargründung	799
3.4	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	800
3.5	Zeitpunkt des Abspaltungsvorgangs	803
3.6	Zivilrechtliche Einzelfragen	804
3.6.1	Behandlung der Arbeitsverhältnisse nach Entstehung einer echten Betriebsaufspaltung	804
3.6.2	Miet- und Pachtverträge zur Durchführung der Betriebs- aufspaltung	805
3.6.2.1	Inhalt der Pachtverträge	805
3.6.2.2	Hinweise zur Berechnung der angemessenen Pachtzinsen	806
3.6.3	Sonstige abzuschließende Verträge zwischen Besitz- und Betriebsgesellschaft.	810

3.6.3.1	Bestehende Mietverträge mit Dritten	810
3.6.3.2	Versicherungsverträge	810
3.6.3.3	Übernahme laufender Verträge	810
3.6.3.4	Firmenfortführung	810
4	Steuerliche Fragen bei der Entstehung der Betriebsaufspaltung (Schaeberle)	811
4.1	Personelle Verflechtung	811
4.1.1	Beteiligungsidentität	812
4.1.2	Beherrschungsidentität	812
4.1.3	Beherrschung durch Familienverband	819
4.1.4	Beteiligung minderjähriger Kinder	826
4.1.5	Beherrschung durch mittelbare Mehrheitsbeteiligung	827
4.1.6	Abweichung der Kapitalbeteiligung von den Stimmrechten	828
4.1.7	Mehrfache Betriebsaufspaltungen	829
4.1.8	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	829
4.2	Sachliche Verflechtung durch Verpachtung wesentlicher Betriebsgrundlagen	834
5	Grundsätze der laufenden Besteuerung bei der Betriebsaufspaltung (Schaeberle)	844
5.1	Bewertung der Wirtschaftsgüter beim Aufspaltungsvorgang	844
5.2	Buchführungspflicht	845
5.3	Laufende Besteuerung bei der Einkommensteuer	846
5.3.1	Einkunftsart beim Besitzunternehmen	846
5.3.2	Behandlung der Tätigkeitsvergütung des Gesellschafter-Geschäftsführers	849
5.3.3	Substanzerhaltungsverpflichtung	850
5.3.4	Eigene Investitionen der Betriebsgesellschaft	852
5.3.5	Rücklagen für Ersatzbeschaffung und Rücklagen gem. § 6 b und § 7 g EStG	852
5.3.6	Bilanzierungsfragen beim sog. Sachwertdarlehen	852
5.3.7	Verluste	853
5.3.8	Zusammenfassung	854
6	Beendigung der Betriebsaufspaltung (Schaeberle)	855
6.1	Allgemeines	855
6.2	Beendigung der sachlichen Verflechtung	855
6.3	Beendigung der Betriebsaufspaltung wegen Wegfalls der persönlichen Voraussetzungen	857
6.3.1	Verkauf eines Teils der GmbH-Anteile	857
6.3.2	Verkauf eines Anteils am Besitzunternehmen	859
6.3.3	Insolvenz des Betriebsunternehmens	860
6.3.4	Unentgeltliche Übertragung von Anteilen am Besitz- oder Betriebsunternehmen	861
6.3.5	Wegfall der personellen Verflechtung für volljährig werdende Kinder	861
6.3.6	Vermeidung der Auflösung der stillen Reserven	862
6.4	Verpachtung an Dritte	863
6.5	Zusammenfassung beider Unternehmen	863
6.6	Veräußerung des Besitzunternehmens und der Anteile am Betriebsunternehmen	863
7	Auswirkungen bei der Gewerbesteuer (Schaeberle)	864
7.1	Selbständige Gewerbesteuerpflicht des Besitzunternehmens	864
7.2	Verhältnis der Betriebsaufspaltung zur Organschaft	866
7.3	Hinzurechnungs- und Kürzungsvorschriften bei der Ermittlung des Gewerbeertrags	867

7.3.1	Hinzurechnungen nach § 8 Nr. 1 GewStG (Entgelte für Dauerschulden)	867
7.3.2	Hinzurechnungen nach § 8 Nr. 2 GewStG (Versorgungszusagen)	869
7.3.3	Hinzurechnungen nach § 8 Nr. 7 GewStG und Kürzungen nach § 9 Nr. 4 GewStG (Miet- und Pachtzinsen)	869
7.3.4	Erweiterte Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG	870
7.3.5	Anwendung des Schachtelprivilegs	871
7.3.5.1	Kürzung nach § 9 Nr. 2 a GewStG (Beteiligungserträge)	871
7.4	Gewerbsteuerpflicht der Betriebskapitalgesellschaft	873
8	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Betriebsaufspaltung (Völkel)	873
9	Haftungsbeschränkung bei der Betriebsaufspaltung bezüglich Betriebssteuern (Völkel)	877
9.1	Allgemeines	877
9.2	Haftung für Umsatzsteuer	877
9.3	Haftung für Gewerbesteuer	878

J. Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer bestehenden Personengesellschaft

1	Einkommensteuer (Hottmann)	879
1.1	Handelsrechtliche Beurteilung	879
1.2	Steuerrechtliche Behandlung im Überblick	880
1.2.1	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	880
1.2.1.1	Allgemeines	880
1.2.1.2	Begriff Mitunternehmeranteil	882
1.2.1.3	Grundsätzliche steuerliche Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	883
1.2.1.4	Besonderheiten bei atypisch stillen Gesellschaftern	885
1.2.2	Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	885
1.2.3	Aufgabe eines Mitunternehmeranteils	885
1.2.4	Unentgeltliche Übertragung eines (Teils eines) Mitunternehmer- anteils	886
1.2.4.1	Persönlicher Anwendungsbereich	886
1.2.4.2	Mitunternehmeranteil ohne Sonderbetriebsvermögen	886
1.2.4.3	(Teil eines) Mitunternehmeranteil(s) mit Sonderbetriebsvermögen	887
1.2.4.3.1	Sonderbetriebsvermögen keine wesentliche Betriebsgrundlage	888
1.2.4.3.2	Sonderbetriebsvermögen wesentliche Betriebsgrundlage	888
1.2.5	Überblick	900
1.3	Ausscheiden gegen Barabfindung	900
1.3.1	Zeitpunkt des Ausscheidens	900
1.3.2	Steuerliche Behandlung im Einzelnen	902
1.3.3	Ausscheiden zum Buchwert	916
1.3.3.1	Gründe	916
1.3.3.2	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	916
1.3.3.3	Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	918
1.3.4	Ausscheiden über Buchwert	920
1.3.4.1	Gründe	920
1.3.4.2	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	920
1.3.4.2.1	Ermittlung des Veräußerungsgewinns	920
1.3.4.2.2	Übertragung von Wirtschaftsgütern des Sonderbetriebsvermögens	921
1.3.4.2.3	Freibetrag gem. § 16 Abs. 4 und § 18 Abs. 3 EStG	924
1.3.4.2.4	Steuerermäßigung gem. § 34 Abs. 1 und 3 EStG	927
1.3.4.3	Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	930
1.3.4.3.1	Entschädigung für vorhandene stille Reserven	930
1.3.4.3.2	Ansatz eines Firmenwerts bei den verbleibenden Gesellschaftern	932

1.3.4.3.3	Abfindung für entgehende künftige Gewinnaussichten	932
1.3.4.3.4	Lästiger Gesellschafter.	933
1.3.4.3.5	Schenkung der verbleibenden Gesellschafter an den ausscheidenden Gesellschafter	934
1.3.4.3.6	Teilentgeltliche Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	934
1.3.4.3.7	Buchmäßige Behandlung des Ausscheidens.	935
1.3.4.3.8	Weitere steuerliche Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	937
1.3.4.4	Bilanzmäßige Behandlung im Einzelnen	942
1.3.5	Ausscheiden unter Buchwert	948
1.3.5.1	Gründe	948
1.3.5.2	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	948
1.3.5.3	Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern.	948
1.3.5.3.1	Der Teilwert der Wirtschaftsgüter ist niedriger als der Buchwert. . .	949
1.3.5.3.2	Der ausscheidende Gesellschafter verzichtet aus betrieblichen Gründen auf einen Mehrbetrag	950
1.3.5.3.3	Die Gesellschafter sind sich über die Abfindung unter dem Buchwert einig.	952
1.3.5.3.4	Der ausscheidende Gesellschafter verzichtet aus privaten Gründen auf einen Mehrbetrag	953
1.3.6	Abfindung bei negativem Kapitalkonto	954
1.4	Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	963
1.4.1	Allgemeines.	963
1.4.2	Grundsätzliche Behandlung.	963
1.4.3	Wertansatz.	964
1.4.4	Rechtsfolgen für den ausscheidenden Gesellschafter	965
1.4.5	Rechtsfolgen für die verbleibenden Gesellschafter	965
1.4.6	Fallkombinationen.	966
1.4.7	Bilanzmäßige Behandlung im Einzelnen	975
1.5	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils an einen Dritten (Gesellschafter- wechsel)	980
1.5.1	Allgemeines.	980
1.5.2	Veräußerung zum Buchwert.	981
1.5.3	Veräußerung über Buchwert	982
1.5.4	Veräußerung unter Buchwert.	985
1.5.5	Ausscheiden eines Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto . .	985
1.5.6	Weitere steuerliche Behandlung beim neu eingetretenen Gesellschafter	987
1.5.6.1	AfA	987
1.5.6.2	Sonderabschreibungen und erhöhte Absetzungen.	992
1.5.6.3	Nicht abziehbare Schuldzinsen	992
1.5.6.4	Investitionszulage	992
1.5.6.5	Rücklage gem. § 6 b EStG	993
1.6	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils gegen Raten.	993
1.6.1	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	993
1.6.2	Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern.	995
1.7	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils gegen Rente.	999
1.7.1	Abgrenzung der Veräußerungsrenten von den Versorgungsrenten	999
1.7.2	Übersicht über die steuerliche Behandlung der Renten	1001
1.7.3	Behandlung der Rente beim ausscheidenden Gesellschafter	1002
1.7.3.1	Betriebliche Veräußerungsrente	1002
1.7.3.1.1	Leibrente	1002
1.7.3.1.2	Fester Kaufpreis und Leibrente	1004
1.7.3.1.3	Abgekürzte Leibrente	1005
1.7.3.1.4	Verlängerte Leibrente	1006
1.7.3.2	Betriebliche Versorgungsrente.	1007
1.7.3.3	Außerbetriebliche Versorgungsleistungen	1007

Inhalt

1.7.4	Behandlung der Rente bei den verbleibenden Gesellschaftern . . .	1007
1.7.4.1	Betriebliche Veräußerungsrente	1007
1.7.4.2	Betriebliche Versorgungsrente	1008
1.7.4.3	Außerbetriebliche Versorgungsleistungen	1008
1.7.4.4	Bilanzmäßige Behandlung im Einzelnen	1009
1.8	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils gegen laufende Bezüge in Form einer Gewinn- oder Umsatzbeteiligung	1012
1.8.1	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	1012
1.8.2	Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	1013
1.9	Realteilung von Personengesellschaften	1014
1.9.1	Begriff	1014
1.9.2	Abgrenzung Realteilung und Sachwertabfindung	1016
1.9.3	Realteilung ohne Wertausgleich	1017
1.9.3.1	Übertragung aller Wirtschaftsgüter ins Privatvermögen der Gesellschafter	1017
1.9.3.2	Übertragung aller Wirtschaftsgüter in das (Sonder-)Betriebsvermögen der Gesellschafter	1019
1.9.3.3	Mischfälle	1022
1.9.3.4	Missbrauchsfälle bei der Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter	1022
1.9.3.4.1	Körperschaftsklausel	1023
1.9.3.4.2	Sperrfrist	1025
1.9.3.5	Fallkombination zur Realteilung ohne Wertausgleich	1028
1.9.4	Realteilung mit Wertausgleich	1036
1.9.4.1	Grundsätze	1036
1.9.4.2	Fallkombination zur Realteilung mit Wertausgleich	1037
1.10	Tausch von Mitunternehmeranteilen	1041
1.11	Verpachtung von Betrieben	1042
1.11.1	Allgemeines	1042
1.11.2	Gesellschafterwechsel	1043
1.11.3	Ausscheiden von Gesellschaftern	1044
1.11.4	Gesellschafterbeitritt	1044
1.11.5	Ausscheiden eines verpachtenden Mitunternehmers	1044
1.11.6	Gewerblich geprägte Personengesellschaft	1046
2	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung (Völkel)	1047
2.1	Allgemeines	1047
2.2	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung des Ausscheidens beim Gesellschafter	1047
2.3	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters bei der Gesellschaft	1048
2.4	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters mit wiederkehrenden Bezügen	1052
2.5	Veräußerung eines Mitunternehmeranteils an einen Dritten (Gesellschafterwechsel)	1052
2.6	Vollständiger Gesellschafterwechsel	1054
K.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine andere Personengesellschaft (Formwechsel)	
1	Einkommensteuer (Hottmann)	1055
1.1	Begriff des Formwechsels	1055
1.2	Arten	1056
1.3	Steuerliche Behandlung	1057
2	Umsatzsteuer (Völkel)	1059
2.1	Allgemeines	1059
2.2	Umwandlung einer stillen Gesellschaft in eine Außengesellschaft	1059
22		

L.	Umwandlung einer Personengesellschaft in eine GmbH	
1	Allgemeines (Schaeberle)	1061
2	Zivilrechtliche Grundsätze für die Umwandlung (Schaeberle)	1061
2.1	Änderung der Unternehmensform durch Einzelrechtsnachfolge	1061
2.1.1	Sachgründung einer GmbH	1061
2.1.2	Sachkapitalerhöhung	1063
2.1.3	Begründung einer Betriebsaufspaltung	1064
2.1.4	Bargründung einer GmbH (verschleierte Sachgründung)	1064
2.2	Änderung der Unternehmensform durch Anwachsung	1065
2.3	Umwandlung durch Formwechsel und Gesamtrechtsnachfolge	1067
3	Ertragsteuerliche Folgen der Umwandlung (Schaeberle)	1069
3.1	Voraussetzungen für die Anwendung des § 20 UmwStG	1069
3.2	Bewertungsgrundsätze für das eingebrachte Betriebsvermögen	1070
3.3	Buchwertansatz und seine Auswirkung	1073
3.4	Teilwertansatz und seine Auswirkung	1076
3.5	Zwischenwertansatz und seine Auswirkungen	1077
4	Ertragsteuerliche Folgen bei Anwachsung (Schaeberle)	1079
5	Einbringung einer Mitunternehmerschaft in eine Kapitalgesellschaft nach dem SEStEG	1081
6	Umsatzsteuerrechtliche Folgen (Völkel)	1084
M.	Verschmelzung und Spaltung von Personengesellschaften	
1	Einkommensteuer (Hottmann)	1085
1.1	Arten der Verschmelzung	1085
1.2	Arten der Spaltung	1086
1.3	Verhältnis UmwG – UmwStG	1091
1.4	Steuerliche Behandlung der Verschmelzung	1093
1.5	Steuerliche Behandlung der Spaltung	1099
1.5.1	Aufspaltung	1099
1.5.2	Abspaltung	1102
1.5.3	Ausgliederung	1104
2	Umsatzsteuer (Völkel)	1106
N.	Auflösung der Personengesellschaft	
1	Einkommensteuer (Zimmermann)	1107
1.1	§ 16 EStG als Grundlage	1107
1.2	Veräußerung des Gewerbebetriebs	1108
1.3	Die Aufgabe des Gewerbebetriebs	1113
1.4	Allmähliche Auflösung der Personengesellschaft (Liquidation)	1117
1.4.1	Allgemeines	1117
1.4.2	Zivilrechtliche Auflösungsgründe	1117
1.4.3	Negative Kapitalkonten in der Liquidationsbilanz	1118
1.5	Gesellschafterforderungen bei Insolvenz oder Liquidation der Gesellschaft	1123
1.6	Forderungen bei Veräußerung oder Aufgabe der Personengesellschaft	1125
1.6.1	Die Forderung aus einer Betriebsveräußerung im Ganzen	1125
1.6.2	Die Forderung aus einer Veräußerung eines Teilbetriebs	1125
1.6.3	Forderungen des Sonderbetriebsvermögens bei Veräußerung oder Aufgabe der Personengesellschaft	1126

Inhalt

1.7	Schulden und Zinsen bei Betriebsaufgabe und Betriebsveräußerung	1127
1.7.1	Schulden und Zinsen bei Betriebsaufgabe bzw. einer Betriebsveräußerung im Ganzen	1127
1.7.2	Schulden und Zinsen bei Teilbetriebsaufgabe bzw. einer Teilbetriebsveräußerung	1130
1.7.3	Schulden und Zinsen bei Betriebsaufgabe und -veräußerung im Rahmen des Sonderbetriebsvermögens	1132
1.7.3.1	Schulden im Sonderbetriebsvermögen II	1132
1.7.3.2	Schulden im Sonderbetriebsvermögen I	1133
1.7.3.3	Schulden im Gesamthandsvermögen	1135
1.7.3.3.1	Schuldenumschichtung ins Gesamthandsvermögen	1136
1.7.3.3.2	Überführung von Wirtschaftsgütern in das Sonderbetriebsvermögen	1137
1.7.4	Schuldenerlass nach Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs	1138
1.8	Ereignisse nach Auflösung der Personengesellschaft	1139
1.8.1	Rückwirkende Berichtigung	1140
1.8.2	Kein rückwirkendes Ereignis	1140
2	Umsatzsteuer (Völkel)	1141
2.1	Allgemeines	1141
2.2	Auflösung einer Personengesellschaft durch Liquidation	1141
2.3	Auflösung einer Personengesellschaft durch Austritt aller Gesellschafter bis auf einen	1143
2.3.1	Erwerb der Anteile aller übrigen Gesellschafter durch einen Gesellschafter	1143
2.3.2	Ausscheiden aller Gesellschafter bis auf einen gegen Abfindung seitens der Gesellschaft	1145
 O. Erfolge, Erbauseinandersetzung und die Personengesellschaft		
1	Einkommensteuer (Zimmermann)	1147
1.1	Einleitung	1147
1.2	Bürgerlich-rechtliche Grundsätze	1148
1.3	Die frühere ertragsteuerliche Rechtslage	1148
1.3.1	Betriebsvermögen	1148
1.3.2	Privatvermögen	1149
1.4	Die Entscheidung des Großen Senats des BFH vom 05.07.1990.	1149
1.5	Der Erbfall	1150
1.5.1	Allgemeines	1150
1.5.2	Zum Nachlass gehört nur ein Betrieb	1150
1.5.3	Zum Nachlass gehört nur Privatvermögen	1152
1.5.4	Mischnachlass	1152
1.5.5	Übertragung des Erbanteils	1152
1.6	Erbauseinandersetzung ohne Abfindung	1153
1.6.1	Grundsätze	1153
1.6.2	Aufteilung nur eines Betriebs	1154
1.7	Erbauseinandersetzung mit Abfindung	1155
1.7.1	Zum Nachlass gehört nur ein Betrieb	1155
1.7.1.1	Abfindung aus eigenen Mitteln	1155
1.7.1.2	Abfindung mit Gegenständen des Betriebs (Sachwertabfindung)	1159
1.7.2	Privatvermögen	1161
1.7.2.1	„Ein“ Wirtschaftsgut	1161
1.7.2.2	„Mehrere“ Wirtschaftsgüter	1162
1.7.3	Mischnachlass	1165
1.7.3.1	Abfindung mit Geldmitteln des Nachlasses	1165
1.7.3.2	Aufteilung der Anschaffungskosten bei mehreren Wirtschaftsgütern	1166

1.8	Abfindung, Schuldübernahme und Anschaffungskosten	1171
1.9	Vermächtnis, Pflichtteil, Auflagen, höferechtliche Abfindung	1174
1.10	Zinszahlungen bei Erbfällen	1175
1.10.1	Unentgeltliche und Übertragungen	1175
1.10.2	Teilentgeltliche Übertragungen	1176
1.10.3	Übernahme vom Objekt losgelöster Verbindlichkeiten	1176
1.10.4	Übernahme von Verbindlichkeiten über die Erbquote hinaus	1178
1.10.5	Erbfallverbindlichkeiten	1179
1.11	Erbauseinandersetzung bei verpachtetem Betrieb	1179
1.12	Teilauseinandersetzung	1181
1.13	Verhinderung der Entstehung von Veräußerungsgewinnen bei Erbauseinandersetzungen	1182
1.13.1	Verhinderung durch die Erben	1182
1.13.1.1	Schaffung von Privatvermögen	1182
1.13.1.1.1	Sofortige Entnahme liquider Mittel	1182
1.13.1.1.2	Allmähliche Entnahme liquider Mittel zum Erwerb privater Güter	1183
1.13.1.1.3	Allmähliche Entnahme liquider Mittel zum Lebensunterhalt	1183
1.13.1.1.4	Allmähliche Entnahme liquider Mittel zu Reparaturen an privaten Gütern	1184
1.13.1.2	Übernahme von bestehenden Schulden	1184
1.13.1.3	Begründung von Betriebsschulden	1185
1.13.1.4	Teilauseinandersetzung	1186
1.13.2	Verhinderung durch den Erblasser	1187
1.13.2.1	Teilungsanordnung	1187
1.13.2.2	Vermächtnis	1187
1.13.2.3	Vorausvermächtnis	1189
1.14	Personengesellschaften – bürgerlich-rechtliche Grundlagen	1190
1.14.1	Grundsätze	1190
1.14.2	Schlichte Fortsetzungsklausel	1191
1.14.3	Nachfolgeklausel	1191
1.14.4	Eintrittsklausel	1194
1.14.5	Übertragung des Gesellschaftsanteils unter Lebenden mit Wirkung auf den Todesfall	1195
1.14.6	Übersicht	1196
1.15	Personengesellschaften – einkommensteuerliche Folgen	1196
1.15.1	Ausgangsfall	1196
1.15.2	Auflösung der Gesellschaft	1197
1.15.3	Fortsetzungsklausel	1198
1.15.4	Einfache Nachfolgeklausel	1203
1.15.4.1	Die Erbfolge	1203
1.15.4.2	Die Erbauseinandersetzung	1204
1.15.5	Qualifizierte Nachfolgeklausel	1211
1.15.5.1	Die Erbfolge	1211
1.15.5.2	Die Erbauseinandersetzung ohne Sonderbetriebsvermögen	1211
1.15.5.3	Die Erbauseinandersetzung mit Sonderbetriebsvermögen	1212
1.15.6	Teilnachfolgeklausel	1223
1.15.7	Eintrittsklausel oder Übernahmerechte für sämtliche Erben	1225
1.15.8	Eintrittsklausel oder Übernahmerechte nicht für alle Erben	1227
1.15.9	Eintrittsklausel oder Übernahmerecht fremder Dritter, insbesondere der Altgesellschafter	1227
1.15.10	Tod eines Kommanditisten	1229
1.15.11	Nachfolgeklausel zugunsten eines Vermächtnisnehmers	1229
2	Umsatzsteuer (Völkel)	1231
2.1	Erbauseinandersetzung bei Erbengemeinschaften	1231
2.2	Erbfolge beim Tod eines Gesellschafters	1232
2.2.1	Allgemeines	1232

2.2.2	Auflösung	1233
2.2.3	Fortsetzung unter den verbleibenden Gesellschaftern	1233
2.2.4	Nachfolgeklausel	1233
2.2.5	Eintrittsklausel	1233

P. Die vorweggenommene Erbfolge

1	Einkommensteuer (Zimmermann)	1235
1.1	Allgemeines	1235
1.2	Grundsätze zur Übertragung von Privat- und Betriebsvermögen	1236
1.2.1	Abgrenzung entgeltlich, teilentgeltlich und unentgeltlich allgemein	1236
1.2.1.1	Vollentgeltlicher Erwerb (Kauf)	1237
1.2.1.2	Teilentgeltlicher Erwerb (gemischte Schenkung)	1237
1.2.1.3	Unentgeltlicher Erwerb (Schenkung)	1238
1.2.2	Das Problem der Anschaffungskosten bei einzelnen Leistungen	1241
1.2.2.1	Private Versorgungsleistungen	1241
1.2.2.2	Abstandszahlungen	1250
1.2.2.3	Geldleistungen an Dritte	1250
1.2.2.4	Leistungen aus übernommenem Vermögen	1250
1.2.2.5	Einräumung von Nutzungsrechten	1251
1.2.2.6	Sachleistungen aus eigenem Vermögen	1252
1.2.2.7	Wahlrechte oder anderes Verhalten des Übernehmers	1252
1.2.2.8	Übernahme von Verbindlichkeiten	1253
1.2.2.9	Die einzelnen Leistungen sind nicht sofort zu erbringen	1253
1.2.3	Trennungstheorie	1255
1.2.4	Zinsbelastungen	1259
1.3	Die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	1260
1.3.1	Unentgeltliche Übertragung	1260
1.3.2	Teilentgeltliche Übertragung	1260
1.4	Die Übertragung von Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmeranteilen	1261
1.4.1	Abgrenzung entgeltlich, teilentgeltlich und unentgeltlich	1261
1.4.2	Rechtsfolgen beim Übergeber	1264
1.4.2.1	Teilentgelt höher als der Buchwert des Kapitalkontos	1264
1.4.2.2	Teilentgelt bis zur Höhe des Buchwerts des Kapitalkontos	1266
1.4.3	Rechtsfolgen beim Übernehmer	1267
1.4.3.1	Die Problematik der Einheitstheorie allgemein	1267
1.4.3.2	Teilentgelt bis zur Höhe des Buchwerts des Kapitalkontos	1268
1.4.3.3	Teilentgelt höher als der Buchwert des Kapitalkontos	1269
1.4.4	Übernahme von privaten Verbindlichkeiten	1270
1.4.5	Übernahme von betrieblichen Verbindlichkeiten	1271
1.4.5.1	Vollentgeltliche Betriebsveräußerung	1271
1.4.5.2	Unentgeltliche Betriebsübertragung	1271
1.4.5.3	Teilentgeltliche Betriebsübertragung	1272
1.4.5.4	Das negative Kapitalkonto	1274
1.4.6	Unentgeltliche Übertragung eines Mitunternehmeranteils gegen Versorgungsleistungen	1277
1.5	Das Sonderbetriebsvermögen	1280
1.5.1	Die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebs- vermögens ins Privatvermögen oder in ein anderes Betriebs- vermögen des Übernehmers	1280
1.5.1.1	Die unentgeltliche Übertragung	1280
1.5.1.2	Die teilentgeltliche Übertragung	1280
1.5.2	Die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebs- vermögens in ein anderes Sonderbetriebsvermögen derselben Mitunternehmerschaft	1281
1.5.2.1	Die unentgeltliche Übertragung	1281

1.5.2.2	Die teilentgeltliche Übertragung	1281
1.5.3	Das Sonderbetriebsvermögen bei Übertragung des gesamten Mitunternehmeranteils	1282
1.5.3.1	Das Sonderbetriebsvermögen als wesentliche oder unwesentliche Betriebsgrundlage	1282
1.5.3.2	Das Sonderbetriebsvermögen ist vom Übernehmer herauszugeben	1284
1.5.4	Das Sonderbetriebsvermögen bei Übertragung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	1284
1.5.4.1	Übertragung mit nicht wesentlichem Sonderbetriebsvermögen	1284
1.5.4.2	Quotale Übertragung eines Teils des Sonderbetriebsvermögens	1285
1.5.4.3	Unterquotale Übertragung eines Teils des Sonderbetriebsvermögens	1286
1.5.4.4	Überquotale Übertragung eines Teils des Sonderbetriebsvermögens	1286
1.6	Mischfälle	1287
1.7	Kosten bei vorweggenommener Erbfolge	1289
1.7.1	Anschaffungskosten entstehen	1289
1.7.2	Anschaffungskosten entstehen nicht	1290
2	Umsatzsteuer (Völkel)	1292
2.1	Allgemeines	1292
2.2	Übertragung eines Einzelunternehmens im Wege der vorweggenommenen Erbfolge auf mehrere künftige Erben	1292
2.3	Übertragung eines Gesellschaftsanteils im Wege der vorweggenommenen Erbfolge	1292
 Q. Nießbrauch und Personengesellschaftsanteil (Zimmermann)		
1	Allgemeine zivilrechtliche Grundlagen	1295
2	Der Nießbrauch am Gesellschaftsanteil selbst	1297
2.1	Zivilrecht	1297
2.1.1	Der Vollrechtsnießbrauch mit Treuhandverhältnis	1297
2.1.2	Der echte Nießbrauch	1297
2.1.3	Gemeinsamkeiten	1298
2.2	Mitunternehmerstellung	1299
2.2.1	Nießbraucher	1299
2.2.2	Der Nießbrauchsbesteller	1300
2.2.3	Zusammenfassung	1301
2.3	Ertragsteuerliche Rechtsfolgen	1301
2.3.1	Gewinnverteilung allgemein	1301
2.3.2	Kapitalkonten	1302
2.3.3	Der handelsrechtliche Gewinnanteil	1302
2.3.4	Entnahmefähiger Gewinn	1303
2.3.5	Sondervergütungen	1303
2.3.6	Sonderbetriebsvermögen, Sonderbilanzen	1303
2.3.7	Gewinnverteilung konkret	1304
2.4	Besonderheiten im Ertragsteuerrecht	1305
2.4.1	Keine Bilanzierung des Nießbrauchsrechts	1305
2.4.2	Verluste in der Personengesellschaft	1305
2.4.3	Ergänzungsbilanzen	1306
2.4.4	Das Nießbrauchsentgelt	1307
2.4.5	Der Nießbrauch am Sonderbetriebsvermögen	1308
2.4.6	Einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung	1308
2.4.7	Gestaltungsüberlegungen	1309
2.4.8	Checkliste der erforderlichen Vereinbarungen	1311

3	Der Nießbrauch an Gewinnanteilen	1313
3.1	Zivilrecht	1313
3.1.1	Der Ertragsnießbrauch	1313
3.1.2	Nießbrauch an einzelnen Gewinnansprüchen	1313
3.1.3	Der Nießbrauch am Gewinnstammrecht	1314
3.1.4	Gemeinsamkeiten	1314
3.2	Mitunternehmerstellung	1315
3.3	Ertragsteuerliche Rechtsfolgen	1315
3.3.1	Allgemeines	1315
3.3.2	Der Zuwendungsnießbrauch an Gewinnanteilen	1316
3.3.3	Anteilsübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt an Gewinnanteilen	1316
3.3.4	Der Vermächtnisnießbrauch	1318
3.3.4.1	Vermächtnisnießbrauch zugunsten des Ehepartners bzw. der Abkömmlinge des Erblassers	1318
3.3.4.2	Vermächtnisnießbrauch zugunsten anderer Personen	1319
3.3.5	Entgeltlich eingeräumter Nießbrauch an Gewinnanteilen	1320
3.3.5.1	Nießbrauchsbestellung im Zusammenhang mit dem Gesellschafts- anteil selbst	1320
3.3.5.2	Nießbrauchsbestellung im Zusammenhang mit anderen Einkunftsarten	1322
3.3.5.3	Nießbrauchsbestellung ohne Zusammenhang mit einer Einkunftsart	1323
3.4	Gestaltungsüberlegungen	1324
4	Testamentsvollstreckung am Gesellschaftsanteil	1325
4.1	Allgemeines	1325
4.2	Testamentsvollstreckung an einem Kommandit-Anteil	1325
4.3	Testamentsvollstreckung an einem OHG- oder Komplementäranteil	1326
R.	Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	
1	Zivil- und handelsrechtliche Grundlagen (Zimmermann)	1329
1.1	Begriff	1329
1.2	Geschäftsführung	1331
1.3	Vertretung	1333
1.4	Außenhaftung	1333
1.5	Aufsichtsorgane	1334
1.6	Motive zur Bildung einer GmbH & Co. KG	1335
2	Mitunternehmerschaft (Zimmermann)	1336
2.1	Allgemeines	1336
2.2	Komplementär-GmbH als Mitunternehmer	1336
2.3	Kommanditisten der GmbH & Co. KG als Mitunternehmer	1337
2.4	Die Geprägevorschrift des § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG	1338
2.4.1	Allgemeines	1338
2.4.2	Tatbestandsmerkmale des § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG	1339
2.4.2.1	Einkünfteerzielungsabsicht	1339
2.4.2.2	Personengesellschaft	1342
2.4.2.3	Keine Tätigkeit i. S. des § 15 Abs. 1 Nr. 1 EStG	1342
2.4.2.4	Ausschließlich eine oder mehrere Kapitalgesellschaften als persönlich haftende Gesellschafter	1342
2.4.2.5	Geschäftsführungsbefugnis	1343
2.4.3	Die Entstehung einer gewerblich geprägten KG und deren Rechts- folgen im Einzelnen	1345
2.4.4	Doppel- und mehrstöckige GmbH & Co. KG	1347
2.4.5	Gestaltungsmöglichkeiten	1348

3	Gründung der GmbH & Co. KG (Schaeberle)	1349
3.1	Unternehmensneugründung	1349
3.1.1	Errichtung der GmbH	1349
3.1.2	Errichtung der KG	1350
3.2	Zusammenschluss bestehender Gesellschaften	1351
3.3	Umwandlung einer GmbH in eine GmbH & Co. KG	1351
3.3.1	Allgemeines	1351
3.3.2	Umwandlung durch Formwechsel	1352
4	Betriebsvermögen bei der GmbH & Co. KG (Hottmann)	1354
4.1	Allgemeines	1354
4.2	Sonderbetriebsvermögen der GmbH	1355
4.3	Sonderbetriebsvermögen der übrigen Gesellschafter	1358
5	Gewinnermittlung (Hottmann)	1360
5.1	Allgemeines	1360
5.2	Geschäftsführergehälter	1360
5.2.1	Geschäftsführer der GmbH ist nicht an der GmbH & Co. KG beteiligt	1360
5.2.2	Geschäftsführer der GmbH ist auch Kommanditist der GmbH & Co. KG	1363
5.3	Pensionszusagen an den Gesellschafter-Geschäftsführer	1364
5.3.1	Geschäftsführer der GmbH & Co. KG ist nicht an der GmbH & Co. KG beteiligt	1364
5.3.2	Geschäftsführer der GmbH ist auch Kommanditist der GmbH & Co. KG	1366
5.4	Dividenden der Komplementär-GmbH	1368
5.5	Beirats- und Aufsichtsratsvergütungen	1369
5.5.1	Aufsichtsorgan bei der GmbH & Co. KG	1369
5.5.2	Aufsichtsorgan bei der Komplementär-GmbH	1369
5.6	Gründungskosten der Komplementär-GmbH und der GmbH & Co. KG	1370
5.7	Sonstige Vergütungen	1371
6	Gewinnverteilung	1371
6.1	Allgemeines (Hottmann)	1371
6.2	Gewinnverteilung bei kapitalmäßiger Beteiligung der Komplementär-GmbH . (Hottmann)	1371
6.2.1	Angemessene Vergütung für Geschäftsführung	1372
6.2.2	Angemessene Vergütung für darlehens- und pachtweise überlassenes Vermögen der GmbH	1372
6.2.3	Angemessene Vergütung für die kapitalmäßige Beteiligung	1373
6.2.4	Angemessene Vergütung für das Haftungsrisiko	1373
6.2.5	Form der Gewinnverteilung	1374
6.3	Gewinnverteilung, wenn die Komplementär-GmbH weder am Kapital noch an den stillen Reserven der KG beteiligt ist (Hottmann)	1374
6.3.1	Allgemeines	1374
6.3.2	Angemessene Vergütung für das Haftungsrisiko	1374
6.4	Änderung der Gewinnverteilung (Hottmann)	1375
6.5	Verdeckte Gewinnausschüttung bei der GmbH & Co. KG (Schaeberle)	1376
6.5.1	Grundsatz	1376
6.5.2	Einzelfälle der verdeckten Gewinnausschüttung	1376
6.5.3	Folgen einer verdeckten Gewinnausschüttung	1377
7	Buchführung bei der GmbH & Co. KG und der GmbH (Hottmann)	1379
7.1	Allgemeines	1379
7.2	Buchführung der KG	1379

Inhalt

7.3	Buchführung der Komplementär-GmbH	1381
7.3.1	Laufende Buchhaltung	1381
7.3.2	Jahresabschluss	1381
7.4	Buchmäßige Behandlung im Einzelnen	1382
8	Übertragung von Wirtschaftsgütern (Hottmann)	1385
9	Veräußerung eines Anteils (Hottmann)	1385
9.1	Veräußerung nur eines GmbH-Anteils	1385
9.2	Veräußerung GmbH-Anteil und Mitunternehmeranteil	1386
9.3	Veräußerung nur des Mitunternehmeranteils	1386
10	Organschaft bei der GmbH & Co. KG (Schaeberle)	1387
10.1	GmbH & Co. KG als Organträger	1387
10.2	Komplementär-GmbH als Organträger	1387
10.3	GmbH & Co. KG als Organ	1387
10.4	Komplementär-GmbH als Organ	1388
11	Umsatzsteuerliche Fragen im Zusammenhang mit der GmbH & Co. KG (Völkel)	1388
11.1	Allgemeines	1388
11.2	Komplementär-GmbH als Unternehmer	1388
11.2.1	Selbständigkeit	1389
11.2.2	Nachhaltige Tätigkeit in Einnahmeerzielungsabsicht	1390
11.2.3	Ergänzende Beispiele	1391
11.3	Aufsichtsrats Tätigkeit bei der GmbH & Co. KG	1394
11.4	Gründung der GmbH & Co. KG	1395
11.5	Veräußerung einer GmbH & Co. KG	1396

S. Erbschaft- und Schenkungsteuer (Hübner)

1	Die erbschaft- und schenkungsteuerliche Qualifizierung der Personengesellschaft	1397
2	Die erbschaft- und schenkungsteuerliche Behandlung der Nachfolge in Personengesellschaftsanteile	1400
2.1	Erwerbe von Todes wegen	1400
2.1.1	Die zivilrechtliche Vererblichkeit von Personengesellschaftsanteilen	1400
2.1.2	Die Fortsetzungs- und Übernahmeklausel	1401
2.1.3	Die Nachfolgeklauseln	1402
2.1.3.1	Erbrechtliche Nachfolgeklauseln	1402
2.1.3.1.1	Der erbschaftsteuerliche Erwerb der Miterben	1404
2.1.3.1.2	Die einfache Nachfolgeklausel	1404
2.1.3.1.3	Die qualifizierte Nachfolgeklausel	1405
2.1.3.2	Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	1406
2.1.4	Die Eintrittsklausel	1407
2.1.4.1	Die Treuhandvariante	1407
2.1.4.2	Die Abfindungsvariante	1408
2.1.5	Die Nachfolge in Personengesellschaftsanteile durch Vermächtnis	1409
2.1.6	Der Erwerb einer Hinterbliebenenversorgung	1410
2.2	Begünstigte Erwerbe unter Lebenden	1410
2.2.1	Teilentgeltliche Zuwendung – gemischte Schenkung – und Schenkung unter Auflage	1411
2.2.1.1	Die schenkungsteuerliche Behandlung der gemischten Schenkung und der Schenkung unter Auflage	1411
2.2.1.2	Die Schenkung von Anteilen an einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft	1413
2.2.2	Mittelbare Zuwendungen	1415
2.2.3	Schenkungen treuhänderisch gehaltener Beteiligungen	1417
2.3	Sonstige Erwerbstatbestände	1417

3	Der erbschaftsteuerliche Wert des Betriebsvermögens	1419
3.1	Das Verfahren der Wertermittlung	1420
3.2	Der Bewertungsgegenstand	1421
3.3	Der Umfang des Betriebsvermögens	1424
3.3.1	Der Grundsatz der Bestandsidentität	1424
3.3.2	Durchbrechungen des Grundsatzes der Bestandsidentität	1425
3.3.2.1	Betriebsgrundstücke	1425
3.3.2.2	Der Ansatz von Schulden (§ 103 BewG)	1427
3.3.2.3	Besonderheiten bei Personengesellschaften (Gesamthandsvermögen)	1429
3.3.2.4	Ergänzungsbilanzen; Besonderheiten beim Sonderbetriebs- vermögen	1430
3.4	Die Bewertung des Betriebsvermögens	1431
3.4.1	Der Grundsatz der Bewertungsidentität	1431
3.4.2	Durchbrechungen des Grundsatzes der Bewertungsidentität	1431
3.5	Die Aufteilung des erbschaftsteuerlichen Werts des Betriebsvermögens	1432
4	Die Begünstigung der Nachfolge in Personengesellschaftsanteile	1436
4.1	Das begünstigte Vermögen	1436
4.1.1	Der Erwerbsgegenstand in den Fällen des zweistufigen Erwerbs	1438
4.1.2	Mitunternehmeranteil als begünstigtes Vermögen	1440
4.2	Die begünstigten Erwerbsvorgänge	1442
4.2.1	Erwerbe von Todes wegen	1442
4.2.2	Erwerbe unter Lebenden	1445
4.3	Die Begünstigungen	1446
4.3.1	Die einzelnen Begünstigungselemente	1446
4.3.2	Die Bedeutung der Vermögenszuordnung für die Wirkung der Begünstigungen	1448
4.3.3	Die Konzentration der Begünstigungen	1448
4.3.3.1	Drei Fallgruppen der Begünstigungskonzentration	1449
4.3.3.2	Die Konzentration der Begünstigungen in den Fällen des zweistufigen Erwerbs (§ 13 a Abs. 3, § 19 a Abs. 2 Satz 2 ErbStG)	1452
4.4	Die Behaltensregelung	1454
4.4.1	Unschädliche Verfügungen	1455
4.4.2	Die Nachbesteuerung bei Personenunternehmen (§ 13 a Abs. 5 Nr. 1, § 19 a Abs. 5 Nr. 1 ErbStG)	1455
4.4.3	Die Nachbesteuerung bei Überentnahmen (§ 13 a Abs. 5 Nr. 3, § 19 a Abs. 5 Nr. 3 ErbStG)	1457
4.4.4	Die Durchführung der Nachbesteuerung	1459
4.5	Die Steuerstundung (§ 28 ErbStG)	1459
5	Die Tarifstruktur des ErbStG	1460
5.1	Freibeträge und Tarifverlauf	1460
5.2	Der Generationensprung	1462
T.	Grunderwerbsteuer (Hübner)	
1	Die Grunderwerbsteuerliche Rechtsfähigkeit der Personengesellschaft	1465
1.1	Der Steuergegenstand des Grunderwerbsteuerrechts	1465
1.2	Die zivilrechtliche Ausgangslage	1466
1.3	Die Auswirkungen der zivilrechtlichen Diskussion auf das Grunderwerb- steuerrecht	1466
1.4	Die Grunderwerbsteuerliche Selbständigkeit der Personengesellschaft	1470
1.4.1	Die Bedeutung der Grunderwerbsteuerlichen Selbständigkeit der Personengesellschaft	1470
1.4.2	Die Reichweite der Grunderwerbsteuerlichen Selbständigkeit der Personengesellschaften	1472

Inhalt

2	Steuerbare Rechtsträgerwechsel	1473
2.1	Rechtsträgerwechsel auf gesellschaftsvertraglicher Grundlage	1474
2.1.1	Die Bemessungsgrundlage	1474
2.1.2	Einlage und Entnahme	1475
2.1.3	Sonstige Fälle des Rechtsträgerwechsels auf gesellschaftsvertraglicher Grundlage	1477
2.2	Rechtsträgerwechsel auf austauschvertraglicher Grundlage	1479
2.3	Veränderungen des Gesellschafterbestandes	1480
2.3.1	Die Rechtsprechung des BFH zum Gesellschafterwechsel	1480
2.3.2	Die Regelung des § 1 Abs. 2 a GrEStG	1483
3	Steuerbefreiungen	1486
3.1	Die Anwendbarkeit der personenbezogenen Befreiungsvorschriften (§ 3 Nr. 2 bis 7 GrEStG)	1486
3.2	Die Befreiungsvorschriften der §§ 5, 6 und 7 Abs. 2 und 3 GrEStG	1487
3.3	Einschränkungen der Befreiungsvorschriften	1489
3.3.1	Die gesetzlichen Regelungen der § 5 Abs. 3, § 6 Abs. 4 und § 7 Abs. 3 GrEStG	1489
3.3.2	Die einschränkende Rechtsprechung des BFH zu den § 5 Abs. 2, Abs. 1 und § 6 Abs. 3 GrEStG	1489
4	Festsetzungsverfahren	1491
 U. Verfahrensrechtliche Besonderheiten (Völkel)		
1	Allgemeines	1493
2	Erklärungspflicht bezüglich der Feststellungsbescheide	1495
3	Adressierung und Bekanntgabe von Bescheiden	1496
3.1	Allgemeines	1496
3.2	Besonderheiten bei der Adressierung von Bescheiden, die die Personengesellschaft als solche betreffen	1497
3.3	Adressierung von Bescheiden, welche die Gesellschafter betreffen	1500
3.4	Bekanntgabe von Bescheiden an Empfangsbevollmächtigte gem. § 183 AO	1502
3.5	Vereinfachte Bekanntgabe von Einheitswertbescheiden nach § 183 Abs. 4 AO	1505
4	Rechtsbehelfsbefugnis bei einheitlichen Feststellungsbescheiden	1506
5	Hinzuziehung zum Rechtsbehelfsverfahren	1507
6	Verfahrensrechtliche Behandlung der stillen Gesellschaft	1507
6.1	Allgemeines	1507
6.2	Verfahrensrechtliche Behandlung der typischen stillen Gesellschaft	1508
6.3	Verfahrensrechtliche Behandlung der atypischen stillen Gesellschaft	1508
7	Unterbeteiligung an einer Personengesellschaft	1508
7.1	Allgemeines	1508
7.2	Typische stille Unterbeteiligung	1509
7.3	Atypische stille Unterbeteiligung	1511
8	Feststellungsverjährung für einheitliche und gesonderte Feststellungen	1511
8.1	Allgemeines	1511
8.2	Feststellungsverjährung bei einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellungen	1512
8.3	Feststellungsverjährung bei Einheitswertbescheiden	1513
Literaturverzeichnis		1515
Abkürzungen		1519
Stichwortverzeichnis		1523